

## EUROPÄISCHES STAHLMANAGEMENT

Wiewohl man im Kapitalismus noch nie etwas von einem Weltmaschinenbedarf oder  
5 Welthifbedarf gehört hat - wohlwissend, daß der "Bedarf" nach kapitalistisch produzierten Waren  
von der zahlungskräftigen Nachfrage abhängt, um die auch nicht etwa "die Welt", sondern  
Kapitalisten aller Herren Länder konkurrieren -, auf einigen Gebieten gibt's ein derartiges Gebilde  
schon: Der Weltstahlbedarf etwa belief sich im Jahre 1979 auf 740 Mio to, genau aufgeschlüsselt  
10 nach Tonnen-Produktion und Tonnen-Verbrauch noch jeder Nation der Welt. Auf diese Weise  
erfährt man, daß kein politischer Souverän, ob er nun in der BRD hockt oder in Japan, ob in Peru  
oder Nordkorea, auf dieses "Gut" verzichten will.

Daß nationale Stahlindustrien "allesamt nicht sterblich sind" (Handelsblatt), hat seinen Grund  
darin, daß diejenigen, die weltweit für die Erzielung von Gewinnen verantwortlich sind - Kapita-  
15 listen, Staatsmanager - auf die Verfügung über unerläßliche *Bedingungen* ihres Geschäftes  
angewiesen sind. Stahl gehört dazu, stellt er doch den unverzichtbaren und in großem Umfang  
gebrauchten "Grundstoff" für jede nationale Akkumulation dar. Er ist in großem Maßstab  
*industriell* hergestellter Rohstoff, dessen Fertigung sich nicht beliebig den Konjunk-  
turschwankungen anpassen kann, von denen diese Branche immer unmittelbar betroffen wird.  
Weil die Akkumulation von sicherer Versorgung abhängt, ohne daß die Kapazitäten sprunghaft  
20 vermehrbar sind, sind "Überkapazitäten" hier die Regel, wie auch das Bestreben *aller*, diese  
"Überkapazitäten" per Export loszuwerden bzw. möglichst lohnend zu gestalten.

Die Vorstellung vom "Weltstahlbedarf" gibt es also deswegen, weil ein jeder Staat seine  
Kapazitäten mit der immer nicht ausreichenden Nachfrage vergleicht und auf eine "eigentlich"  
nötige Senkung der Kapazitäten kommt - die die anderen zu leisten hätten bzw. die man nicht  
25 einseitig betreiben kann. Der "Weltstahlbedarf" ist eine erst im nachhinein errechnete Größe, also  
eine Mahnung. Zum Eingreifen sieht sich der Staat allerdings erst dann veranlaßt, wenn die ganz  
normale Konkurrenz der Stahlbetriebe dazu führt, daß wesentliche Stahl-"Kapazitäten" wegen  
nicht mehr vorhandener Rentabilität wegfallen würden. Dann schützt und subventioniert er seine  
Industriellen, stellt also klar, daß 1. freie Konkurrenz der Kapitale hier tatsächlich "ruinös"  
30 werden würde, was er aber nicht dulden kann, weil er 2. an der Fortführung *dieses* Geschäfts ein  
besonderes Interesse hat, wobei er selbstredend seine Maßnahmen so ergreift, daß sich auch  
weiterhin ein *Geschäft* damit machen läßt.

So zeichnet sich die Weltmarktkonkurrenz mit der Ware Stahl durch ein ausgeklügeltes System  
von Selbstbeschränkungsabkommen, Schutzzöllen etc. aus. Die japanischen Stahlfabrikanten tun  
35 ihrer eigenen = nationalen Pflicht genüge, indem sie, begleitet von zahlreichen Dumping-Klagen,  
beinahe die Hälfte ihres Zeugs exportieren; die Amis haben ein Mindestpreissystem entwickelt,  
das die Einfuhren von der Kapazitätsauslastung der US-Steel abhängig macht und damit den  
japanischen und EG-Export in engen Grenzen hält - und die EG, die hat eine  
"Gemeinschaftsindustrie" aufgemacht.

## Wie eine Gemeinschaftsindustrie funktioniert

### Das Ziel der EG-Politik

5 “besteht darin, der Gemeinschaftsindustrie einerseits die ihrem Binnenmarkt und ihren Exportmöglichkeiten *entsprechende Dimension* und andererseits die dazu nötige *Wettbewerbsfähigkeit* wiederzugeben und so die Arbeitsplätze in der Stahlindustrie zu erhalten und die *sichere Versorgung* der verarbeitenden Industrie zu gewährleisten...

10 Zu dieser Stunde werden in Brüssel, Tokio und in Washington mit rund 20 Ländern zähe Verhandlungen geführt, die dem gemeinschaftlichen Stahlmarkt die Atempause geben sollen, die er zu seiner Neustrukturierung benötigt.” (EG-Bulletin, 1/78)

15 Das “einerseits-andererseits” ist witzig. Hatte doch gerade jede nationale Stahlindustrie die “ihrem Binnenmarkt und ihren Exportmöglichkeiten entsprechende Dimension” inne, womit offensichtlich alle beteiligten Staaten gerade *unzufrieden* waren, weswegen sie darauf abzielten, Wettbewerbsfähigkeit herzustellen bzw. zu verbessern. Und dabei handelt es sich keineswegs um eine der jeweiligen Nation eigentlich zustehende, unfaire Weise entzogene und darum  
20 “wiederzugebende”! Eines allerdings kann man dieser amtlichen Verlautbarung entnehmen: Zur Gewährleistung der “sicheren Versorgung der arbeitenden Industrie” gilt es für die einzelnen Staaten, sich *gemeinsam* günstigere Bedingungen der Konkurrenz zu verschaffen. Die hier kundgetanen gemeinsamen Weltmarktambitionen machen deutlich, daß “gemeinschaftliches  
25 Handeln” keineswegs ein frommer Wunsch von nationalen Europa-Idealisten zu bleiben braucht. Der Standpunkt der EG-Kommission, daß sich gegenüber dem Rest der Welt eine verbesserte Rentabilität *der* europäischen Stahlindustrie hergestellt gehört, zeigt auf, um was es beim EG-Stahlmarkt und seiner “Neustrukturierung” geht:

- *Innerhalb* der Gemeinschaft soll die Konkurrenz der einzelnen Stahlkapitalisten so stattfinden, daß sie
- *nach außen* als einvernehmliches Vorgehen gegen Dritte taugt (“zähe Verhandlungen mit 20  
Ländern” = koordinierter Protektionismus nach außen), und zwar wohlgerne,
- als Mittel der je *eigenen* Stärkung der beteiligten EG-Partner.

30 Soviel ist damit schon klar: Sämtliche Formen der Stahlregelungen innerhalb der EG haben keineswegs den vielbeschworenen *Kompromiß* Charakter; schließlich ist es die *Konkurrenz* der vereinigten Stahlindustriellen Europas, die hier als gemeinschaftliche Wirtschaftspolitik abläuft.

### Gemeinschaftliches Vorgehen 1. Teil

35 So hat denn die Entfaltung der Konkurrenz der Stahlunternehmen in der Montanunion (“Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl”) durch die Aufhebung nationaler Konkurrenzbeschränkungen (Abbau von Binnenzöllen usw.) zu deren Ergänzung durch Subventionsmaßnahmen der um den Bestand ihrer nationalen Grundstoffindustrie besorgten Staaten geführt; d.h. einen ständigen Streit im Namen der gemeinsamen Sache um die  
40 Berechtigung von einseitigen Schutzmaßnahmen auf Regierungsebene, nationale und multinationale Kartellbildungen und Fusionen auf Unternehmensebene sowie einige Eingriffe der EG-Gremien nach sich gezogen.

Dem jetzigen Stahlplan der Kommission vorausgegangen war ein Kartell der zwölf größten europäischen Stahlunternehmen (vereinbart für den Zeitraum 1976-81): EUROFER. Festgelegt wurde dabei die Aufteilung der Lieferungen von Massenstählen ins In- und EG-Ausland unter den einzelnen Unternehmungen, was man der Kontrolle der Kommission unterstellte - mit  
5 Vertragsstrafen für schwarz gelieferten Stahl. Mit diesem Lieferquotensystem ist also ein Kartell derjenigen Kapitale entstanden, die die Größe ihres Kapitals als Waffe im Konkurrenzkampf einzusetzen hätten; sie wollten mit der Festschreibung der Konkurrenz um Marktanteile auf dem jeweils erreichten Stand dem Preiskrieg entgegenwirken, der 1975 im Gefolge der  
10 Überakkumulation auch in der Sphäre Stahl eingetreten war. Mit der Terminierung wurde auch gleich klargestellt, daß dies ein Bündnis war, mit dem sich die beteiligten Kapitalisten eine bessere Kalkulationsbasis für umfassende Rationalisierungsmaßnahmen zu schaffen gedachten. Befördert und vertraglich abgesichert wurde dieses Kartell durch die EG-Regierungen, weil ein jeder darauf aus war, *sein* nationales Stahlkapital wieder lohnend zu gestalten.

In den Jahren danach lief folgendes ab:

15 “Endlich, wie überall in der großen Industrie, spielt auch hier der moralische Verschleiß seine Rolle... Man muß auf das Material eine Depretiation von 25% des Marktpreises rechnen, selbst wenn keine Depretiation des Gebrauchswerts stattfindet. ... Es zwingt der Konkurrenzkampf, namentlich bei entscheidenden Umwälzungen, die alten Arbeitsmittel vor ihrem natürlichen Lebensende durch die neuen zu ersetzen. Es sind hauptsächlich  
20 Katastrophen, Krisen, die solche vorzeitige Erneuerung der Betriebsgeräte erzwingen.”  
(Karl Marx, Kapital II, S. 170/171)

Das Problem des moralischen Verschleisses (= “technisches Veralten” aus Konkurrenzgründen) spielt in der Stahlindustrie darum eine überragende Rolle, weil der Anteil des fixen Kapitals (Anlagen, Gebäude etc.) überproportional hoch ist, dieses Kapital sich nur sehr langfristig  
25 “amortisiert”. Der Zwang zu größtmöglicher Produktivität, die Umwälzung der technischen Grundlage, ist hier wie überall vorhanden, führt freilich zu ganz anderen Massen noch nicht umgeschlagenen (“amortisierten”), aber schon nicht mehr den jeweils neuesten Stand der Profitabilität repräsentierenden Kapitals. Daraus ergibt sich ein weiteres Argument für die  
30 “Überkapazitäten”: Große Teile der Betriebsanlagen müssen stillgelegt werden, weil mit ihnen nur unter schlechteren Bedingungen als beim Konkurrenten produziert werden kann. Das “Muß” relativiert sich am Interesse der beteiligten Staaten: Sie sind einerseits die “Katastrophe”, indem sie nämlich die nationalen Stahlindustrien geregelt gegeneinander antreten und sie wechselseitig die Wirkungen der so eröffneten Konkurrenz spüren lassen - andererseits handelt es sich aber auch um einen *geregelt*en Vorgang, worin sich die im gemeinsamen Interesse eröffnete Konkurrenz  
35 eben im Namen dieses Interesses in ihren *Wirkungen* nicht ungehemmt entfalten kann. Das Spektrum der Maßnahmen bewegt sich zwischen bedingungsloser Aufrechterhaltung/Bezuschussung der “Überkapazitäten” (der Staat zahlt den nicht länger auf dem Markt realisierbaren Profit) und ungeschütztem Draufgehenlassen; es fällt in die Freiheit der Staaten, welchen goldenen Mittelweg sie auswählen. Die Freiheit ist freilich erstens der Notwendigkeit  
40 verpflichtet, die Konkurrenzfähigkeit des eigenen Kapitals zu befördern, zweitens hat sie sich auch nach denen zu richten, die sie aus eigenem Vorteil zu Partnern erklärt hat:

- Die bundesdeutsche Stahlindustrie hat sich das europäische Ideal des Erfolgs jeder nationalen Stahlindustrie am nachhaltigsten zu Herzen genommen und die Brüsseler Forderung des

Abbaus unrentabel gewordener Kapazitäten sorgfältig erfüllt. In der BRD sind laut IG Metall seit 1975 50.000 Arbeiter im Stahlbereich wegrationalisiert worden, was "der deutschen Stahlindustrie im Vergleich zu den weniger intensiven Modernisierungsbemühungen anderer EG-Staaten natürliche (!) Wettbewerbsvorteile einbringt." (Süddeutsche Zeitung)

- 5 • Das mit dem "weniger intensiv" bei den anderen Staaten ist schwer gelogen: In England und Frankreich etwa wurden durch radikale Maßnahmen (British Steel/Longwy) den deutschen Verhältnissen vergleichbare Kapitalgrößenordnungen und damit günstige *Voraussetzungen* für kostensenkende Maßnahmen geschaffen. An Massenentlassungen wie in der BRD hat es dabei auch nicht gefehlt - doch haben sich diese im Gegensatz zu hier nicht als gelungenes Mittel der *Rationalisierung* erwiesen, sondern sind Ausdruck einer weiterexistierenden *Absatzkrise*. (Näheres hierzu in der nächsten MSZ: Frankreich und England.)

10 Der Rationalisierungsvorsprung der BRD, also das Gelingen des nationalen Vorhabens von Staat, Kapital und Gewerkschaft, den technischen Fortschritt als Mittel des Kapitals einzusetzen und damit den gestiegenen Arbeitsaufwand einer geringeren Anzahl von Arbeitern anzuvertrauen, hat zu neuen Verlaufsformen des Streits zwischen den EG-Staaten und zum Auffliegen des EUROFER-Kartells geführt:

### **Gemeinschaftliches Vorgehen 2. Teil**

20 Erfolgreiche Rationalisierung heißt: Sie taugt als Mittel der *Ausweitung* des Geschäfts; die *Lieferbeschränkungen* und die damit einhergehenden festgelegten Marktanteile waren mithin von da ab für die deutschen Stahlmultis unmittelbare Hemmnisse ihrer Expansion. Die durch den Verkauf von mehr und billigeren Produkten zu erzielenden Gewinnsteigerungen ließen alsbald die KLÖCKNER-Werke in Bremen ihren für die EG vertraglich festgelegten Output von monatlich 100.000 Tonnen Stahl auf 170.000 Tonnen steigen und damit das Kapitalbündnis brechen; die anderen folgten nach: THYSSEN z.B. eroberte sich mit gesenkten Preisen für Betonstahl neue Marktanteile in der EG und auch außerhalb. Dabei ist die Verlaufsform solch eines Bündnisbruches interessant: Zunächst wendet sich nämlich die produktivere Unternehmung an die schwächeren mit dem Angebot, ihnen Lieferquotenanteile abzukaufen, wobei die Beträge von ca. 100 DM/t einiges über die Unterschiede aussagen. Diese wechselseitige Nutznießung ist natürlich beschränkt, ergibt sich doch daraus konsequent die schließliche Abtretung von Marktanteilen, was mit dem Lieferquotensystem ja gerade verhindert werden sollte. An einem bestimmten Punkt weigert sich also der solchermaßen "bezuschußte" Konzern, weiterhin die Vorteile seiner Unterlegenheit wahrzunehmen - und "zwingt" somit den Überlegenen zum Preiskrieg.

35 Während die öffentliche Meinung hierzulande nun plötzlich eine "Subventionitis", eine "Leistungsfeindlichkeit der Stahlklitschen" in den anderen Staaten erblickte (so als hätte der Staat *hier* nicht jahrelang Gelder in die Rationalisierung seiner Stahlklitschen gepumpt), nur weil das Kartell jetzt *nicht mehr* so recht taugte, ging dies Kriterium des nationalen Erfolgs in den Partnerländern entsprechend andersherum zu Werke: Der "Preiskrieg der Deutschen" - ansonsten das allernormalste Mittel der Konkurrenz - wurde nun zu einer "Gefährdung" gleich der ganzen "europäischen Zukunft". Was den Regierungen der anderen EG-Länder nicht paßte, waren die mit der gestärkten deutschen Konkurrenz zum Vorschein kommenden Resultate der "Gemeinschaftsindustrie": Der Maßstab der EG-Produktivität ist durch das Wirken des BRD-Stahlkapitals gesetzt; dieses konnte zu Preisen anbieten, die bei der ausländischen Konkurrenz

nicht einmal die Kosten deckten, weswegen die dortigen Wirtschaftspolitiker jede Tonne Stahl zu bezuschussen hatten.

Auf dieser Grundlage spielte sich dann den halben Sommer über der Streit zwischen den Nationen ab.

## 5 **Der neue Stahlkrisenplan der EG**

Die englischen und französischen Politiker forderten die Anwendung des Art. 58 des Montanunion-Vertrags (die Verhängung von Zwangsproduktionsquoten bei “offensichtlicher Krise”), um über die Beschränkung der BRD-Konkurrenz ihre eigenen Rationalisierungspläne doch noch lohnend werden zu lassen.

Die Fortschreibung des Kartells war das Interesse der bundesdeutschen Stahlunternehmer; mit ihrem “Preiskrieg” hatten sie zu erkennen gegeben, daß dies mit ordentlich erweiterten Quoten zu geschehen habe. Gegen die Anwendung des Art. 58 polemisierten sie allerdings heftig, hindern sie doch die Zwangsquoten bei der Produktion bestimmter Stahlsorten daran, ihren durch Rationalisierung errungenen Preisvorteil in eine Erweiterung ihres Anteils auf dem EG-Markt umzusetzen und macht ihnen außerdem durch Festlegung und Kontrolle der produzierten Menge die Ausweitung ihres Welthandels in einigen (!) Sorten vorläufig unmöglich. Die deutsche Öffentlichkeit (samt ihrer gewerkschaftlichen und linken Fraktion) hatte fortan nichts anderes zu tun, als die Art und Weise peinlich zu kopieren, wie die kleine radikale Minderheit der Stahlkapitalisten ihre *Kalkulation* und ihren Willen, den Zwang der Konkurrenz frei zu handhaben, zu besprechen beliebte (“deutsches Privatkapital gegen den vereinigten (!) europäischen Steuerzahler” usw. usf.).

Das erzielte Verhandlungsergebnis schließlich belegt, wie sehr jeder (den es angeht!) um des eigenen Vorteils willen die Gemeinschaftsindustrie will und sich doch keiner bedingungslos auf sowas einläßt: Der Art. 58 wurde eingeführt und der “liberale Graf” Lambsdorff hat sein Veto nicht gegen diesen “Protektionismus” eingelegt! Im Streit um die Quotenregelung (bei dem nicht einmal die Unverschämtheit auffiel, daß der Propagandist erfolgreicher deutscher Arbeitsplatzvernichtung sich als der Oberarbeitsplatzerhalter aufspielte: “Lambsdorff hat für die deutsche Seite um jeden Arbeitsplatz gefochten”!) war Lambsdorff zunächst für eine Neuauflage des Kartells EUROFER, drohte mit dem Veto gegen Art. 58, um auszuloten, wieweit die anderen Partner erpreßbar sind, konnte dann die Produktionsquoten zugunsten der deutschen Stahlindustrie verändern, die Festlegung von Mindestpreisen verhindern und für einige besonders gewinnträchtige Stahlsorten Ausnahmen von der Quotenregelung durchsetzen.

Ergebnis unterm Strich: Die Betreibung des eigenen Erfolgs im Rahmen des Gemeinschaftserfolgs der EG ließ Lambsdorff natürlich nicht daran denken, über die Ablehnung eines neu aufgelegten europäischen Stahlmanagements den großen Knatsch in der EG heraufzubeschwören. So verlangt er seinem Stahlkapital zwar zwischenzeitlich eine Verringerung seiner Vorteile ab; beim Aushandeln möglichst günstiger Konditionen für sie konnte er dafür gleich wieder ihre ganze Stärke ins Feld führen.

Der BRD-Standpunkt ‚Wir lassen uns diese Sache durchaus was kosten‘ hat seine Verlängerung in den amtlichen Mitteilungen, daß sich das „Prinzip der Opfergleichheit“ gewahrt gehört; die Vorwürfe an die Adresse der ausländischen Stahlkonzerne und Regierungen wegen ihrer „Unfähigkeit in Sachen Sanierung“ begleiteten die praktisch kundgetane Absicht,

5           “im kommenden Jahr in der Frage des Kapazitäts- und des Subventionsabbaus aktiv zu werden und sich nicht auf das Ruhekitzen der Nichtanpassung zu legen.”  
(Regierungssprecher Grünewald),

woraus zweierlei folgt:

10       *Erstens* heißt die gemeinsame Aktion aller („Anpassung“) eben nichts anderes, als daß der geltende Maßstab des Sich-lohnens von der Nation festgelegt wird, die am rentabelsten zu produzieren vermag; deren Fortschritte in Sachen Ausbeutung veranlassen zweitens die auswärtigen Regierungen, ihren Rationalisierungsplänen noch mehr Nachdruck zu verleihen und über einen Teil der (staatseigenen) Kapazitäten das Urteil zu fällen, daß sich ihre Subventionierung nicht mehr lohnt.

15       Indem also die (nicht nur in der Sphäre Stahl) Nr. 1 in der EG auf *Modifikationen* auswärtiger Innen- und Wirtschaftspolitik dringt, macht sie den anderen deren eigenes langfristiges Interesse klar, was für jene vielleicht nicht sehr gemütlich, aber unabweisbar ist - soviel zu dem jeweiligen nationalistischen Gewinsel von Abhängigkeit, Einseitigkeit und ähnlichen blöden Sprüchen.

### ***Kapital ,81 - ein Beispiel***

20       Ganz richtig ist das neue System auf Mitte nächsten Jahres terminiert, ist es doch seiner eigenen Logik nach eine Aufforderung, es im Ausnützen zu unterlaufen. Neue Verhandlungen können da nicht ausbleiben. In ihrem Lamento teilen die hiesigen Stahlindustriellen mit, wie sie unter der neu gesetzten Konkurrenzbedingung, die *Quote* als Mittel der Konkurrenz einzusetzen, ihren Schnitt zu machen gedenken. HOESCH/ESTEL z.B. (zur Vorgeschichte siehe MSZ Nr. 2/80: „Kapital ,80 - ein Beispiel“, S. 34) hat vor, aus den Beschränkungen des Art 58 einen entscheidenden Rationalisierungsimpuls zu beziehen

30           “Dank der von Brüssel laut Art. 58 verordneten Produktionsdrosselung um etwa 18% wird es jetzt aber Flüssigstahl im Sonderangebot geben, wie es ein intimer Kenner der europäischen Stahlindustrie ausdrückte. Damit könnte Hoesch die Möglichkeit erwachsen, statt selbst zu bauen, bis auf weiteres z.B. bei Krupp in Duisburg-Rheinhausen sehr billig einzukaufen, denn dort soll es freistehende Kapazitäten geben bzw. sie wären verhältnismäßig billig zu beschaffen.” (Süddeutsche Zeitung)

35       HOESCH/ESTEL spart sich also vorläufig den Aufbau neuer Werke, weil durch das kleine Nebenkartell Krupp/Hoesch die Beschaffung von Rohstahl für den gewinnträchtigen Weiterverarbeitungsbereich billiger bewerkstelligt werden kann. Also noch ein Erfolg des gestandenen Arbeitervertreters Lambsdorff in Brüssel: Die Politik der Arbeitsplatzvernichtung hat in Dortmund erneut einige Tausend Arbeitsplätze „erhalten“!

40

## **Deutsche Stahlhändler für europäischen Stalinismus**

Wie *bedingt* ein Kapitalist sich als Vaterländer aufspielt (da sollte sich manch anderer ein Beispiel nehmen!), konnte man am Standpunkt des deutschen *Stahlhandels* zur Auseinandersetzung um den Art. 58 studieren. Während die deutsche Öffentlichkeit das Thema wälzte: Wie bewältigt die deutsche *Stahlherstellung* und *-verarbeitung* ihre Probleme mit dem nicht mehr umstandlos nützlichen Kartell EUROFER - und da fielen so häßliche Worte wie "EG-Zwangsprogramm zur Unterstützung militanter Gewerkschaften" -, plädierte der *Handel* für dieses "Zwangsprogramm", weil er sich aus steigenden Preisen einen Extraprofit versprach. So, und wer die ganze Zeit geglaubt hat, was die Presse zum Stahlprogramm geschrieben hat, der soll jetzt auch gefälligst glauben, daß die deutschen Stahlhandelskapitalisten "militante Gewerkschaften" in England und Frankreich mindestens unterstützen, wenn nicht gar finanzieren!

### **Stahl-Runde**

Die Kapitalistenverbände nützten die Gunst der Stunde - wochenlang wälzte der deutsche Staatsbürger *ihre* Stahlprobleme -, um gleich die Tarifrunde 81 einzuläuten. So hatten sie schon am Tag nach den Brüsseler Vereinbarungen "ausgerechnet", daß die dort erreichte Verringerung ihrer Vorteile "mindestens 8.000-12.000 Arbeitsplätze zusätzlich gefährdet". Die Ideologie, daß niedrige Löhne Arbeitsplätze sichern, wollten sie diesmal erst gar nicht in die Welt setzen. Sie verwandelten sie gleich in eine Drohung: eine "Lohnpause" von einem halben Jahr braucht's, sonst schmeißen wir noch *mehr* raus!

Und was fällt der IG Metall zur eingeläuteten *Minus*-Runde ein: Ihr fiel es durch die staatlicherseits verfügte Beschränkung des Erfolgs der Kapitalisten, der schließlich nur durch ihre tatkräftige Mitarbeit (bei der Durchsetzung von Rationalisierungen und Entlassungen) zustande gekommen sei, in der Tarifrunde schwerer, dem "Kostenargument" (niedrige Kosten = niedrige Löhne) bei ihren Mitgliedern Geltung zu verschaffen!

So können die deutschen Stahlwerker weiterhin zu den europäischen Erfolgen der deutschen Stahlindustrie beitragen. Unklar ist bloß noch, ob etliche von ihnen künftig wegen oder trotz der Quotenfestlegung entlassen werden oder einfach deswegen, weil die deutsche Stahlindustrie ihren "zweiten Platz in der Weltrangliste" (so R. Judith von der IG Metall nicht ohne Stolz) weiter behauptet.

35

### **Die Tatsache:**

Hoesch putzt 10.000 Arbeitsplätze weg und baut kein neues Stahlwerk.

### **Das Stadttheater:**

40

5 Dortmund macht am 28.11. für zwei Stunden mobil. Die Inszenierung des Protestes mit dem Titel  
“Stahlwerk bauen - Arbeitsplätze sichern für Dortmund und das östliche Ruhrgebiet” begann  
damit, daß Betriebsrat und Gewerkschaften beschlossen, das, was sie schon lange wußten,  
nämlich daß kein neues Stahlwerk gebaut wird, als *Wortbruch* der Firma anzuprangern; also das  
sichere Wissen darüber, daß nicht nur 4.200 Arbeiter entlassen werden, sondern mehrere Tausend  
mehr, zum Anlaß zu nehmen, eine sogenannte kämpferische Aktion anzuzetteln. Diese richtet sich  
nicht gegen die Entlassungen - die sind (mit)beschlossene Sache -, sondern dagegen, daß die  
Firma angeblich ihr Versprechen nicht gehalten habe. Deshalb wird in den Betrieben nichts getan,  
die Entlassungen zu verhindern, sondern ganz Dortmund wird auf die Bühne gebeten, um für  
10 Dortmunds Stahlbasis zu kämpfen.

### **Die Beteiligten:**

(gemäß Regieanweisung alle mit einem Helm der Stahlkocher auf dem Kopf)

1. Ministerpräsident *Rau* (SPD):

15 “Die Landesregierung wird jede *vernünftige* Sache, die den Arbeitnehmern *langfristig*  
nützt, unterstützen.”

Damit hat er auch schon seinen Part gespielt, als Politiker seine Anteilnahme an den Sorgen der  
Stahlarbeiter zu *demonstrieren* und ansonsten den “vernünftigen”, “langfristigen” betrieblichen  
Gesichtspunkten der Hoesch AG das Wort zu reden. Obwohl nichts Gegenteiliges zu befürchten  
war, rief er vorsichtshalber noch zu “Ruhe und Besonnenheit” auf.  
20

2. Arbeits- und Sozialminister *Farthmann* (SPD), der schon vor einigen Wochen beteuert hatte:

“Ich habe mich 15 Jahre für die Erhaltung der Arbeitsplätze eingesetzt. Wenn Du mir einen  
sagst, der das besser könnte, dann trete ich jetzt und hier ab.”

Er ist nicht abgetreten, also muß es ja wohl stimmen.

25 3. Dortmund OB *Samtlebe* (SPD) rief aus:

“Schafft endlich Klarheit, damit wieder Vertrauen herrscht in dieser Stadt!”

30 Weil Hoesch schon längst *Klarheit* geschaffen hatte - zu was steht denn die Firma schließlich “in  
ständigem Kontakt mit den Dortmunder Politikern” -, wollte der OB damit gesagt haben, daß die  
Arbeiter auch zukünftig *ihm vertrauen* können. Und wenn auch kein Stahlwerk gebaut wird, die  
Parole “Stahlwerk jetzt” hat Samtlebe gleich umgewandelt in “Kernkraftwerk jetzt”, denn billigen  
Strom braucht's unbedingt für “die Region”, und - na klar - Arbeitsplätze schafft das auch wieder,  
langfristig!

35 4. R. *Judith* (IG Metall), der noch vor einigen Wochen gemeinsam mit den Unternehmern mit den  
“exzellenten Rationalisierungserfolgen” der deutschen Stahlindustrie hausieren ging, spielte den  
Part des Oberkalkulierers für den Hoesch-Konzern, womit er den Kalkulierern mangelnde  
Kompetenz nachsagen wollte:



“Ein Unternehmen wie Hoesch kann auf eine eigene Stahlbasis nicht verzichten. Es ist ein sträflicher Leichtsinns (!), sich völlig von den Zulieferern abhängig zu machen.”

5. Hoesch-Vorstandsvorsitzender *Rohwedder* (SPD) war zwar bei der Aufführung nicht direkt dabei, dafür aber schon vier Tage vorher bei Rau, Farthmann und Samtlebe und hat ihnen für die Öffentlichkeit mitgeteilt, daß die “Angst der Leute verständlich” sei, aber seine Firma schon mit “Hochdruck an einem Konzept” arbeitet, das, wie gehabt, mit 10.000 Entlassungen langfristig Arbeitsplätze sichere. Schließlich konnte er sich gar als eigentlicher Drahtzieher des Stadttheaters vorkommen, er hatte ja den öffentlichen Dialog angezettelt - und seither wurde seine Kalkulation unter dem Titel: “Wie bewältigt Hoesch *seine* Probleme?” BRD-weit besprochen. Der Erfolg gibt ihm recht: Die ganze Aktion richtet sich *nicht gegen* die Vorhaben von Hoesch, sondern ist einzig und allein die Begleitmusik zur Abwicklung der Rationalisierungsmaßnahmen.

6. Neben Betriebsräten, Gewerkschaften und SPD-Politikern, die ihr arbeiter- und bürgerfreundliches Image pflegten, bekundeten auch noch “hohe kirchliche Würdenträger” ihre “Solidarität mit der Region” (unter ihnen ein gewisser Imam Ismail Zengin, seines Zeichens als Erster Moslem der Islamischen Gemeinde Dortmund auf der Bühne) und stellten den Theaterdonner in Form heftigen Glockenläutens. Da konnten die Werks sirenen nicht anders - sie mußten mitheulen.

### **70.000 Statisten**

(gemäß Regieanweisung mit schwarz-rot-goldenen Fahnen ausgestattet)

Sie hatten nichts Besseres zu tun, als sich zur Kulisse des kommunalen Straßentheaters zu machen, während Hoesch seine Rationalisierungsmaßnahmen durchzieht.

Nach Abschluß des Theaters ist der Protest zu Ende. Die konstruktivste Kritik kam von einem der Akteure selbst: “Die Menschen im Revier können auch noch härter kämpfen!” (Samtlebe)

### **Bresciani vor der Schließung?**

“Wenn die EG-Kommission nicht noch eine Änderung der Produktionsquoten beschließt, riskieren die italienischen Kleinstahlwerke im Dezember ihre Betriebsschließung. Wie aus Kreisen des Mailänder Verbandes der italienischen Kleinstahlwerke verlautet, haben die meisten Branchenunternehmen im Raum Brescia, die sogenannten ‘Bresciani’, in den Monaten Oktober und November bereits die für das ganze letzte Quartal 1980 festgesetzte Quote ausgeschöpft. Theoretisch müßten sie daher jetzt für die Dauer eines Monats die Produktion einstellen.” (Süddeutsche Zeitung vom 28.11.80)